

NR-Wahl 2024: Die Qual der Wahl

Positionen der Bautensprecher:innen

In knapp zwei Wochen gehen die Nationalratswahlen in Österreich über die Bühne. Martin Putschögl von derStandard.at hat die Bautensprecher:innen der Parlamentsparteien zu ihren Positionen befragt. Hier eine Zusammenfassung der acht Fragen und 40 Antworten von Hans Singer (ÖVP), Ruth Becher (SPÖ), Philipp Schrangl (FPÖ), Nina Tomaselli (Grüne) und Yannik Shetty (Neos) auf einen Blick.

	Die Volkspartei	SPÖ	FPÖ	DIE GRÜNEN GRÜNE.AT	NEOS
Frage 1: Soll es ein eigenes Ministerium für sämtliche Materien des Wohnens geben (Wohnrecht, Wohnungsgemeinnützigkeit, Wohnbau – auch als Koordinierungsstelle für die Länder)?	nein, nicht zweckmäßig	bessere Koordinierung wünschenswert	Staatssekretariat als realistische Alternative	ja, gute Erfahrungen in Deutschland	eigenes Ministerium nur bei strukturellen Änderungen
Frage 2: Soll es im sozialen Wohnbau regelmäßige Einkommens-Checks geben, mit dem Ziel, dass bei der Überschreitung bestimmter Einkommensgrenzen die Miete angehoben wird?	soziale Treffsicherheit nicht immer gegeben, Umsetzung von Einkommens-Check problematisch	nein, geltende Regelungen ausreichend	nein, keinesfalls, kaum administrierbar	nein, Objektförderung nach dem Kostendeckungsprinzip	ja, sorgt für Fairness und Effizienz
Frage 3: Soll es auch für neu errichtete Wohnungen nach Ablauf eines bestimmten Zeitraums der freien Miete einen Preisdeckel geben?	Preisdeckel nicht sinnvoll, Differenzierung gefördert / frei finanziert ist zu überlegen	ja, Eckpunkt eines Universalmietrechts	ja, nach 36 Jahren, außer es gibt wirklich umfassende Sanierungen / Modernisierungen	ja, Amortisation 25 Jahre, dann Grundmiete pro Bundesland	nein, leistbarer Wohnraum ist Angelegenheit von Gemeinnützigen und Staat
Frage 4: Sollen Zinshäuser, die auf einen guten Standard saniert werden, von der Anwendung des Richtwertgesetzes ausgenommen werden, also zu freien Marktmieten vermietbar sein? Wenn ja, wo sollte die entsprechende Grenze beim energetischen Standard liegen?	Preisregime nur gesamthaft zu ändern	Raussanieren kurbelt Spekulation an	angemessene Miete, wenn Sanierung ohne Förderung	nein, vor allem nicht länger als 25 Jahre	ja, gute Option für einen Sanierungsanreiz
Frage 5: Sollen befristete Mietverträge abgeschafft oder zumindest ziemlich eingeschränkt werden?	nein	ja	ja, ausgenommen „kleine“ Vermieter	ja, für gewerbliche Vermieter	nein
Frage 6: Ist das Richtwertsystem, insbesondere der Lagezuschlag, aus Ihrer Sicht reformbedürftig?	Reform nur im Gesamtkontext	Universalmietrecht als Ziel	Lagezuschlagsverbot im Gründerzeitviertel muss bleiben	ökologische Reform ist notwendig	ja, Lagezuschlag intransparent; Eingriff in bestehende Verträge bleibt schwierig
Frage 7: Sind Sie für die Festlegung eines bestimmten Zielwerts beim täglichen Bodenverbrauch, der nicht überschritten werden darf? Wenn ja, wie hoch soll er sein?	nein, Zielwert nicht sinnvoll, aber wichtiges Thema	keine starren Zielwerte, Fokus auf mehrgeschößigen Wohnbau	Zielwerte nicht realistisch; Nachverdichtung und Ortskernattraktivierung ist gefragt	Nettoflächenverbrauch max. 25.000 m ²	Bundesrahmengesetz für Zielwert (max. 2,5 ha pro Tag) anzustreben
Frage 8: Sollen die Gemeinden die Widmungskompetenz behalten?	ja	ja, wenn zentrale Siedlungsplanung gelingt	ja, aber Stärkung der Länder bei Raumplanung	ja, so wie es verfassungsmäßig vorgesehen ist	nein, Zuständigkeit und Aufsicht funktionieren nicht